

Moral und Ethik – anders als heute – nicht gerade hoch angesehen. Moral wurde reduziert auf von außen kommende Verpflichtungen und auf hilflose, letztlich unpolitische Appelle. Entsprechend wurde die Formel „From charity to justice“ immer auch gelesen als „Von der Moral zur Politik“ – obwohl es wohl keinen Begriff gibt, der unmittelbarer auf Ethik verweist als justice. Überwindet man die Vorstellung, Moral bezeichne Ansprüche, die das reale Handeln letztlich nicht beeinflussen, wird der Blick frei für die wirklichkeitsverändernde Kraft moralischer Einstellungen. Dann zeigt sich nämlich, daß die Menschen neben dem Verfolgen ihrer Eigeninteressen immer auch darum bemüht sind, ihre moralischen Vorstellungen zu verwirklichen – und dafür unter Umständen sehr viel einzusetzen bereit sind.

Es waren insbesondere die amerikanischen Kommunitarier,

die gezeigt haben, in welchem starkem Maße moralische Vorstellungen das Handeln der Menschen prägen (*Robert N. Bellah, Amitai Etzioni*). Sie haben gezeigt, wie man ausgehend von den gegebenen Moralvorstellungen eine den Menschen verbunden bleibende Ethik (als Theorie der Moral) entwickeln kann, die keineswegs nur bestätigt, was ohnehin gilt, sondern starke kritische Potentiale enthält (*Michael Walzer*).

Es steht an, eine Ethik weltweiter Solidarität auszuarbeiten, die von einer Vergewisserung über die gegebene moralische Praxis der Menschen ausgeht, diese kritisch aufarbeitet und daraus Vorschläge zu ihrer Fortschreibung entwickelt. Eine solche Ethik vermag auch eine Begrifflichkeit bereitzustellen, in der weltweite Solidaritätsarbeit sich kritisch zu sich selbst verhalten kann.

Peter Rottländer

Knapp und umstritten

335 Wasser als zentrales Thema nahöstlicher Politik

Wasser ist im Nahen Osten ein ausgesprochenes Politikum, sowohl in den Beziehungen zwischen den Staaten wie in den einzelnen Ländern. Immer mehr Menschen müssen mit einer gleichbleibenden Wassermenge auskommen; selbst die nicht erneuerbaren Grundwassermengen werden angezapft. Großanlagen wie der Assuanstaudamm haben sich als zweischneidiges Schwert erwiesen.

„Sudans Spiel mit dem Wasser ist ein Spiel mit dem Feuer“, drohte der ägyptische Außenminister *Amr Muhammad Musa*, als der südliche Nachbar des Nillandes 1995 eine Aufkündigung des Vertrags über die Nutzung des Nilwassers aus dem Jahre 1959 in Erwägung zog. „Dreht die Türkei dem Irak und Syrien das Wasser ab?“, fragen sich internationale Beobachter, seitdem im Euphratbecken eines der umfangreichsten wasserwirtschaftlichen Projekte der Geschichte seiner Vollendung entgegengeht. „Wenn wir den Litani wieder nutzen können, haben wir keine Wasserprobleme mehr“, stellen libanesischen Experten fest und beziehen sich dabei auf den in der Bekaa-Ebene entspringenden und sich im Südlibanon in das Mittelmeer ergießenden Fluß, der von der israelischen Armee teilweise kontrolliert wird. Ähnliche Äußerungen könnte man auch von jordanischen, irakischen oder saudischen Politikern hören. Die Frage der Verteilung des Jordanwassers und anderer Wasserquellen war einer der zentralen Verhandlungspunkte bei den verschiedenen nahöstlichen Friedensverhandlungen. Wasser ist zu einem der zentralen Themen der nahöstlichen Politik geworden.

Geschenk des Nil wird Ägypten genannt und das Gebiet des heutigen Irak hatte in der Antike den Namen Mesopotamien, das Land zwischen den beiden Flüssen. In einer großen Region, in der Regenfälle auch heute noch wahre Begeisterungstürme bei der Bevölkerung auslösen können, stellte die Existenz großer Flußsysteme die Grundlage jeder

zivilisatorischen Entwicklung dar. Der effektive Umgang mit dem kostbaren Gut brachte die Entstehung komplexer Gesellschaften mit sich. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der gerechten Verteilung des Wassers entstanden *Rechtsvorstellungen*, die in Gesetzestexten festgehalten wurden, und erstaunliche *Bewässerungssysteme*. Die Menschen erfanden Pumpen, Wasserhebwerke und legten Flutungsterrassen an. Etwa 80 Prozent der vorhandenen Wassermengen wurden dabei in der Landwirtschaft benutzt.

Die Kosten werden künstlich niedrig gehalten

Für lange Zeit ergaben sich keine grundsätzlichen Probleme bei der Verwendung von Wasser. Zwar kam es immer wieder zu Dürreperioden oder zu Überschwemmungen, die die Menschen belasteten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und vor allem seit den 60er Jahren hat sich die Situation jedoch grundlegend verändert. Zuvor hatten sich Beduinenclans um Wasserstellen gestritten. Nun drohen schwere Konflikte um Wasser zwischen Staaten. Dürreperioden konnten schon in der Antike zu demographischen Veränderungen führen. Die neueren Spannungen zwischen nahöstlichen Staaten um Wasser haben jedoch sehr viel schwerwiegendere Ursachen als ein längeres Ausbleiben von Niederschlägen.

Die im Nahen Osten zur Verfügung stehenden Wassermengen haben sich seit der Antike nicht wesentlich verändert. Allerdings ist die Zahl der Menschen, die von diesem Wasser leben müssen, beträchtlich angestiegen. Allein in den letzten 25 Jahren ist die Bevölkerung der Region um 150 Prozent gewachsen. Nach der Jahrtausendwende ist mit einer derartigen Wachstumsrate alle 20 Jahre zu rechnen. Diese Entwicklung hat als Konsequenz auch eine erhebliche Landflucht mit sich gebracht. Man rechnet, daß bald 70 Prozent der Bevölkerung des Nahen Ostens in Städten wohnen wird.

Diese Situation hat schon heute Konsequenzen auch für die Wasserversorgung. Es ist empirisch erwiesen, daß der Prokopfverbrauch an Trink- und Nutzwasser in Städten deutlich höher ist als auf dem Land, wenn keine administrativen Verteilungsmaßnahmen eingeleitet werden. Bevölkerungsexplosion und Landflucht sind jedoch nicht die entscheidenden Faktoren in der Wasserfrage. Verschiedene Anrainerstaaten der großen nahöstlichen Flußsysteme können das ihnen zur Verfügung stehende Wasser immer noch nicht vollständig nutzen. So verbraucht der Sudan nur zwischen 12,6 und 16,9 Mrd. der ihm zustehenden 18,5 Mrd. Kubikmeter. Dies hängt sicherlich mit der immer noch geringen Industrialisierung des Landes zusammen.

Elektrifizierung wurde lange als eine der Voraussetzungen für eine Industrialisierung und damit für eine Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung angesehen. Neben der Verhinderung von Überschwemmungen und der Sicherung der Wasserzufuhr für die Landwirtschaft war die Erhöhung der Stromproduktion eines der wichtigsten Motive für die Entwicklung sehr großer Dammbauprojekte, von denen der Assuandamm in Oberägypten der erste war. Nach anfänglicher allgemeiner Begeisterung hat sich Ernüchterung hinsichtlich derartiger Großprojekte breit gemacht. So gibt es Berechnungen, nach denen jährlich 10 Mrd. Kubikmeter Wasser im Assuanstaudamm verdunsten. Das entspricht der dreifachen Menge des gesamten ägyptischen Trinkwasserverbrauchs. Die Wirtschaftlichkeit solcher Großanlagen wird mehr und mehr in Frage gestellt, da die produzierten Strommengen auf absehbare Zeit keine Abnehmer fänden. Daher haben sich internationale Organisationen aus der Finanzierung derartiger Projekte zurückgezogen oder machen Auflagen, die in vielen Fällen nicht zu erfüllen sind.

Neben der Bevölkerungsexplosion ist es paradoxerweise vor allem die *technologische Entwicklung*, die zur allgemeinen Wasserknappheit im Nahen Osten beiträgt. Es stellt heute kein technisches Problem mehr dar, tiefliegende, Wasserführende Schichten anzubohren und durch Pumpen zu erschließen. Staudammsysteme werden konstruiert und Flüsse über mehrere hundert Kilometer umgeleitet. All dies hat dazu geführt, daß Wasser in unbegrenzter Menge zur Verfügung zu stehen scheint. Ein sparsamer Umgang mit dem kostbaren Naß, wie er in den kulturellen Traditionen des Nahen Ostens von jeher praktiziert wurde, ist mehr und mehr in Vergessenheit geraten.

Heute gehen große Wassermengen verloren, weil die Leitungssysteme in den großen Städten nicht ausreichend gewartet werden. Wasserrohrbrüche werden häufig tage- und wochenlang nicht repariert. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß die Verwaltungen mit der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur in den rapide anwachsenden nahöstlichen Städten der Entwicklung ständig hinterherlaufen und für Reparaturmaßnahmen häufig auch die notwendigen finanziellen Mittel fehlen.

Die leichte Verfügbarkeit von Wasser hat auch dazu geführt, daß es in der landwirtschaftlichen Produktion so extensiv verwendet wird, daß zwei bis drei Ernten eingebracht werden können, die die wirtschaftliche Situation der Produzenten natürlich positiv beeinflussen. Dabei wurden in verschiedenen Staaten auch die alluvialen Grundwasservorräte, die nicht erneuert werden, ausgenutzt. Die Haltung einiger Politiker wird in dieser Hinsicht durch einen Satz des saudischen Agrar- und Wasserministers *Abdel Rahman al-Shaikh* deutlich: „In Saudi-Arabien hat es bereits seit etlichen Millionen Jahren Wasser in ungeheurer Menge gegeben. Wozu sollte man es noch weitere Millionen Jahre aufbewahren?“

Diese Grundwasserreserven werden in Saudi-Arabien neben der Trinkwasserversorgung auch zur Produktion von Weizen verwendet. Von den geographischen und klimatischen Bedingungen her bietet sich das Land für diese landwirtschaftliche Produktion nicht an. Nach Schätzungen mußten zunächst ca. 10 Mrd. US-Dollar in Brunnen, Pump- und Wasserverteilungssysteme investiert werden, ehe seit Mitte der 80er Jahre Weizen in einem nennenswerten Umfang produziert werden konnte. Die Produktion kann nur deshalb aufrecht erhalten werden, weil der Staat jede Tonne Weizen mit ca. 300 bis 400 US-Dollar subventioniert, d. h. mit dem Drei- bis Vierfachen des Weltmarktpreises.

Die Konsequenzen dieses ungezügelten Wasserverbrauchs sind in Saudi-Arabien heute schon feststellbar. Es kam zu Bergschäden, auch in den großen Städten des Landes. Der Grundwasserspiegel ist beträchtlich gesunken. Die genauen Zahlen liegen nicht vor. In einigen Fällen mußte die Weizenproduktion schon wieder aufgegeben werden, weil der unterirdische Wasserspiegel so weit abgesunken ist, daß selbst aufwendige Pumpanlagen nicht mehr in der Lage sind, die notwendigen Wassermengen an die Oberfläche zu bringen. Wasserreservoirs, die sich in Jahrtausenden angesammelt haben, sind in einem Jahrzehnt verbraucht worden.

Daten über die Absenkung des Grundwasserspiegels aus dem nördlichen Syrien, das im Hinblick auf die Niederschlagsmengen in einer ungleich günstigeren Lage ist als der Wüstenstaat auf der Arabischen Halbinsel, lassen sich zum Vergleich heranziehen. In der Region Aleppo ging der Grundwasserspiegel seit dem Beginn der Messungen kontinuierlich zurück. Während er jedoch zunächst um einen Meter in zehn Jahren sank, verringerte sich diese Periode zunächst auf fünf und nun auf zwei Jahre. Die intensive landwirtschaftliche Nutzung führt nicht nur zu einer chemischen Überlastung der Böden, sondern auch zur Versalzung und

damit zur Zerstörung fruchtbarer Ackerlandes. Es kommt zu einer Störung des ökologischen Gleichgewichts, das weitgehende Konsequenzen haben wird. Eine Verkarstung weiter, heute noch fruchtbarer Gebiete ist in verschiedenen Staaten des Nahen Ostens nicht ausgeschlossen. Die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer solchen Entwicklung sind für Staaten, die immer noch weitgehend von ihrer landwirtschaftlichen Produktion abhängig sind, nicht abzuschätzen.

Zur leichten Verfügbarkeit von Wasser trägt auch die Tatsache bei, daß die Kosten für dieses künstlich niedrig gehalten werden. Man kann davon ausgehen, daß die tatsächlichen Kosten für die Förderung des Wassers, Investitionen in Kanalisation usw. fünfmal höher sind als die von den Verbrauchern zu zahlenden Preise. Eine Regulierung des Verbrauchs über den Preis findet also nicht statt. Die nahöstlichen Regierungen sehen sich nicht in der Lage, die Subventionen für Wasser aufzuheben, weil sie negative Konsequenzen für ihr eigenes Überleben fürchten. Es könnte zu „Durstunruhen“ kommen.

Die Verfügung über Wasser und seine Verteilung war schon im Alten Orient ein Machtmittel, dessen sich die Herrscher gerne bedienten. Europäische Vorstellungen von orientalischer Despotie und der Entstehung eines starken zentralistischen Staates nutzen diese Tatsache als Ausgangspunkt theoretischer Überlegungen. Für die politische Funktionalisierung von Wasser ist das Königreich *Jordanien* ein gutes Beispiel. Das Land wird von Politikwissenschaftlern zu den „Rentier“-Staaten gezählt. Dabei handelt es sich um Staaten, bei denen sich die staatlichen Einkünfte vornehmlich aus externen Quellen speisen. Es kann sich bei solchen Finanzquellen um Rohstoffe wie Öl, Finanzhilfen ausländischer Interessenten oder eine für den Tourismus günstige klimatische Situation handeln. Diesen als Renten bezeichneten Einkünften stehen keine adäquaten gesellschaftlichen Arbeits- oder Investitionsleistungen im marktwirtschaftlichen Sinn gegenüber. Diese Einkünfte werden durch die Regierung nicht unter ökonomischen oder allgemein gesellschaftlichen Gesichtspunkten investiert, sondern nach den politischen Bedürfnissen der Regierenden. Zu diesen Bedürfnissen gehört unter anderem die Legitimierung ihres Handelns zur Herrschaftssicherung.

In Jordanien gibt es unter wasserpolitischen Gesichtspunkten zwei Klassen von Bürgern: die, die das Wasser preiswert und zuverlässig erhalten, und die, die unter Wasserknappheit zu leiden beginnen und hohe Preise für das von ihnen benötigte Wasser zu zahlen haben. Die durch diese Politik privilegierte Gruppe ist die *ländliche Bevölkerung*. Die für die Bereitstellung von Wasser für die jordanische Landwirtschaft notwendigen Investitionen werden fast ausschließlich durch staatliche Mittel aufgebracht. Die entstandenen Kosten werden jedoch nicht auf den Wasserpreis umgelegt. Mit anderen Worten: Dieses Wasser wird subventioniert. Dagegen ist Wasser für die privaten Haushalte der Städte und für die in Jordanien sich entwickelnde Klein- und Mittelindu-

strie teuer und die Versorgung ist nicht beständig. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung liegt unter dem Wasserexistenzminimum.

Die Bevorzugung der Landwirtschaft und der ländlichen Bevölkerung hat aus der Sicht der Herrschenden gute Gründe. Seit jeher zeichnete sich die ländliche Bevölkerung, die zu einem überwiegenden Teil aus Jordaniern und nicht etwa aus palästinensischen Flüchtlingen besteht, durch eine unverbrüchliche Treue zum haschimitischen Herrscherhaus aus. Das gilt nicht nur für die immer kleiner werdende Gruppe der nomadisierenden Stammesverbände, für die der Zugang zu Wasserquellen seit jeher eine lebensentscheidende Bedeutung hatte. Es gilt auch für die sesshafte ländliche Bevölkerung.

Durch große Investitionen sind im Jordantal effektive Agrarproduktionen entstanden, die von einigen alteingesessenen jordanischen Familien kontrolliert werden. Diese sind verbunden mit einer kleinen Gruppe von palästinensischen Familien, die für Handel und Finanzen des Landes von großer Bedeutung sind und die an einer Aufgabe ihrer wirtschaftlichen Positionen und einer Rückkehr nach Palästina kein ausgeprägtes Interesse haben. Beide Gruppen, die zudem durch Heirats- und andere verwandtschaftliche Beziehungen miteinander verbunden sind, haben ihre Treue zum Königshaus bei vielen Gelegenheiten beweisen können. Diese Loyalität wird durch die Agrarpolitik der Regierung weiter befördert. Zugleich wird auf diese Weise eine *Landflucht* verhindert oder zumindest erschwert, die die sozialen Spannungen in den jordanischen Städten, die nicht zuletzt durch eine hohe Arbeitslosigkeit hervorgerufen werden, noch verstärken würde.

Eine Entspannung der Situation ist nicht zu erwarten

Neben diesem innenpolitischen gibt es auch noch einen finanzpolitischen Aspekt für eine Bevorzugung der ländlichen Regionen. Die seit den 80er Jahren kritische Haushaltslage Jordaniens mußte immer wieder durch externe Finanzhilfen gestützt werden. Diese konnten nicht zuletzt mit Hinweis auf die erfolgreiche landwirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundenen Exporteinnahmen eingeworben werden. Agrarinvestitionen werfen relativ schnell Gewinne ab, so daß sie für private wie öffentliche Investoren von Interesse sind. Die Exporte bieten zudem über den Weg von Steuern und Zöllen eine gewisse Menge an dringend benötigtem Einkommen für die Staatskasse. Eine Veränderung der Wasserpolitik zugunsten anderer wirtschaftlicher Sektoren in Jordanien wäre mit Risiken für die Kontinuität der gegenwärtigen Herrschaft verbunden und könnte nicht zuletzt negative Konsequenzen für den ohnehin fragilen Friedensprozeß in der Region mit sich bringen.

Muß Europa an einer stabilen Lage im Nahen Osten schon im eigenen Interesse interessiert sein, auch wenn keine di-

rekte Involvierung in die Probleme der Region besteht, so stellt sich das europäische Interesse an dem großen Projekt von Staudämmen in der *Osttürkei* als sehr viel direkter dar. Seit dem Februar 1988 werden erste Staumaßnahmen am Euphrat durchgeführt. Auf Dauer werden die Dammanlagen dazu führen, daß Syrien eine Milliarde Kubikmeter weniger Wasser erhält als gegenwärtig und der Irak gar auf elf Milliarden Kubikmeter verzichten muß. Spannungen sind in der Folge dieser Entwicklungen geradezu vorprogrammiert. Vor Beginn der Kuwaitkrise 1990 hatte der irakische Präsident *Saddam Hussein* die Türkei schon beschuldigt, daß sie dem Irak Wasser stehle. Manche Beobachter hatten anstelle des Einmarsches in Kuwait einen Konflikt mit der Türkei erwartet, weil die Euphratdammprojekte vitalere Interessen des Irak bedrohten. Inzwischen ist der Irak offenbar an einer einvernehmlichen Lösung der anstehenden Probleme interessiert. Die Unterstützung Syriens für die radikale kurdische PKK und die Militärabkommen zwischen der Türkei und Israel aus dem Frühjahr 1996 sind dagegen konkrete Hinweise auf heraufziehende ernsthafte Konflikte zwischen den beiden Nachbarn. Wie kompliziert sich die Lage gestalten könnte, läßt sich aus einer Neuinterpretation des Artikel 5 des NATO-Vertrages ersehen, die im Kontext der Kuwait-Krise vorgenommen wurde.

Nun wird jeder Angriff auf die Türkei als ein Angriff auf das gesamte nordatlantische Verteidigungssystem verstanden und wird die entsprechenden Reaktionen hervorrufen. Dies bedeutet eine Ausweitung der geostrategischen Interessensphäre der NATO über den bisherigen Rahmen hinaus. Der

NATO-Pressedienst erklärte dazu am 7. 11. 1991: „Im Gegensatz zur Hauptbedrohung der Vergangenheit sind die bleibenden Sicherheitsrisiken der Vergangenheit der Allianz ihrer Natur nach vielgestaltig und kommen aus vielen Richtungen, was dazu führt, daß sie schwer vorherzusehen und einzuschätzen sind... Stabilität und Frieden in den Ländern der südlichen Peripherie Europas sind wichtig für die Sicherheit des Bündnisses, wie der Golfkrieg 1991 gezeigt hat... Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der *Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen* sowie von Terror und Sabotageakten.“

Zu diesen Ressourcen wird man sicherlich auch das Wasser zählen, wenn die NATO auch zunächst wohl das Erdöl im Auge hatte. Daß Wasser als Ökowaffe Verwendung finden könnte, hat schon mehrfach bei strategischen Überlegungen eine Rolle gespielt. In der UNO beispielsweise hatte es 1990 Überlegungen gegeben, als Reaktion auf die irakische Invasion in Kuwait die Frischwasserversorgung des Landes durch eine Sperrung der Euphratdämme teilweise zu unterbrechen.

Die zahlreichen Aspekte der Wasserproblematik im Nahen Osten zeigen, warum die verschiedenen Regierungen die internationalen Momente der Wasserversorgung stärker in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen als die nationalen. Eine Entspannung der Situation durch Einsparungen oder Recycling von Wasser ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Peter Heine

Zweierlei Offenbarung

#335 Beiträge zum christlich-islamischen Dialog

Der Islam ist derzeit mehr als politischer denn als religiöser Faktor im Blick. Das ändert nichts an der Notwendigkeit, die grundsätzlichen theologischen Fragen nach Gott, Offenbarung, Schöpfung und Mensch zwischen Christen und Muslimen zu erörtern, Gemeinsamkeiten wie Unterschiede genauer deutlich werden zu lassen. Walter Strolz, im Dialog der Religionen seit langem engagiert, stellt Beiträge zu Grundfragen des christlich-islamischen Gesprächs vor.

Wenn der Mensch durch die Sprache ist, was er ist, nämlich ein vernehmendes, verstehendes, namengebendes, mitteilendes Wesen inmitten einer schon bestehenden, sich wandelnden Welt, dann ist die Urvoraussetzung auch der Begegnungsmöglichkeit der Religionen die vieldeutige, in ihrem Sinnreichtum nicht begrenzbar, Offenbarung und Überlieferung konstituierende Sprache. In der Weltvielfalt der Sprachen stiftet die nicht genug zu bewundernde *Übersetzungsmöglichkeit* von der eigenen in eine fremde Sprache eine universale menschliche Sprachgemeinschaft im unauf-

hebbaren Pluralismus der Kulturen und Religionen. Davon handelt schon Aristoteles im XI. Buch der *Metaphysik* (1062a), wenn er betont, „daß diejenigen, die miteinander ins Gespräch kommen wollen, sich in irgendeiner Hinsicht verstehen; denn sollte es nicht dazu kommen, wie könnte es da wohl eine Gemeinsamkeit des Gesprächs untereinander geben?“

Diese philosophische Erinnerung ist von fundamentaler Bedeutung, wenn es darum geht, vom christlichen Standpunkt aus das geschöpfliche Bündnis von Vernunft und Glaube,